

Liebe Solidarität.

Der heute dominierende neoliberale Wirtschaftsgedanke geht davon aus dass das egoistische Verhalten jedes Einzelnen dazu führt dass es der Gemeinschaft gut geht.

Diese, an sich verdrehte Hypothese wird als ein naturgegebenes Gesetz an den Anfang jeder Überlegung gestellt. Man beruft sich dabei bewusst auf Darwins Evolutionstheorie mit der Annahme dass die Stärkeren die Schwächeren verdrängen. Geflissentlich vergisst man dabei dass dessen Forschungsarbeit zur Evolution ganz allgemein von einer natürlichen Auslese in der Natur ausgeht und das soziale Verhalten der Menschen energisch davon ausschliesst.

Versuche die Evolutionstheorie auf das soziale Gefüge einer Gesellschaft zu übertragen, endeten, in die Praxis umgesetzt, in der jüngeren Geschichte kläglich bis dramatisch und werden mit dem irreführenden Begriff Sozialdarwinismus umschrieben. Der Nationalsozialismus war die schlimmste Ausgeburt.

Sicherlich war die Entwicklung innerhalb der Gesellschaft in den letzten hundert Jahren rasant. Der Liberalismus in seiner heutigen Form als Neo-Liberalismus, fordert diese Entwicklung für sich ein. Man dürfte doch hinterfragen können: wieso? Doch andere Sichtweisen werden heute nicht mehr zugelassen. Das Diktat der neoliberalen Wirtschaftsform ist allgegenwärtig und schleicht sich in alle Bereiche unseres Denkens und Handelns ein.

Seit der Aufklärung, welche die durchaus "liberale" Erkenntnis über die Bedeutung und die Eigenverantwortung des Individuums herausgearbeitet hat, kann man genauso gut davon ausgehen dass die Menschen gelernt haben sich bewusster in Solidarität zu üben.

Die Frage wäre also ob die Solidarität nicht der Motor zur Entwicklung der Gesellschaft ist.

Eine These welche diese Sichtweise stützt wurde vor über hundert Jahren von Peter Kropotkin, dem Begründer des wissenschaftlichen Anarchismus, angeführt.

Sein Ansatzpunkt zur Analyse der Evolution ist die "Gegenseitige Hilfe". Laut Kropotkin baut die Evolution auf, auf die Geselligkeit und den Individualismus die zu gegenseitiger Hilfe als Prinzip führen und beschreibt den Kampf ums Dasein als Nebenaspekt der unter dem Druck kurzfristiger Notzeiten entsteht.

In der Tierwelt haben seine Beobachtungen ergeben dass gemeinsame Jagdstrategien, die Aufzucht von Jungtieren, gegenseitiger Schutz in Ansammlungen, Herden- und Rudelbildungen und die rituelle Konfliktvermeidung eher den Antrieb zur Evolution darstellen als der Kampf ums Dasein.

Auf die Menschen bezogen sieht er die Evolution ähnlich und führt als Beispiele an: die Familie, die Vereine, die Freundes- und Bekanntenkreise, um nur die engsten Zirkel zu benennen. Er versteht die Entwicklung der Zivilisation also nicht im Sinne der Geschichte ihrer Kämpfe, sondern in der Institutionalisierung einer gesellschaftlichen Organisation zur Bedürfnisbefriedigung.

Wobei wir bei der wahren Bedeutung des Begriffes Ökonomie, der Bedürfnisbefriedigung unter den Menschen, angekommen wären.

Wenn wir dann in Betracht ziehen dass die heutige Genforschung und die neuere Hirnforschung die These der Gegenseitigen Hilfe als eher "natürliche" Verhaltensweise der Menschen stützt, dann stellen wir fest dass die Ökonomie als einziges (Pseudo)-Wissenschaftsfeld übrig bleibt um die Konkurrenz unter den Menschen undifferenziert als "Normalität" zu bezeichnen.

Eine Grundnorm der Gegenseitigen Hilfe ist der Akt des Schenkens. Als perfekt wird dieser Akt beschrieben wenn die Absicht besteht mehr Schenken zu können als man zurückgeschenkt bekommen kann. In diesem Sinne sollten wir auch den heutigen Valentinstag nützen um uns von dem egoistischen ökonomischen Einheitsbrei abzugrenzen.

Aus Liebe zur Solidarität und für eine Ökonomie die dem Zusammenhalt in der Gesellschaft und der nachhaltigen Entwicklung dient, kurz, einer solidarischen Ökonomie.

Mai 2007

Massnahmen für Menschen und freiwillige Selbstverpflichtung für Unternehmer.

Vom 6 bis zum 8 Mai fand in Dresden die G8-Arbeits- und Beschäftigungsministerkonferenz statt.

Im G8 sind folgende Länder vertreten: Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland, USA, sowie ein Vertreter der Europäischen Kommission. Sie repräsentieren 65 % der Weltwirtschaftsleistung.

Thema dieser Veranstaltung: Die soziale Dimension der Globalisierung gestalten.

Die Schlussfolgerungen (deutscher Text) des Vorsitzes richten ihren Blick auf drei Hauptaktionsbereiche:

- Strategien für mehr und bessere Beschäftigung in unseren Ländern.
- Verbreiterung und Festigung des Sozialschutzes in Entwicklungs- und Schwellenländern.
- Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen.

Die "Beschäftigten" in unseren Ländern.

In diesem zweieinhalb Seiten starken Teil in dem es um die "arbeitnehmenden" Menschen geht und der in neun Punkte aufgeteilt ist, kommt sage und schreibe das (Un)Wort "Massnahme" zwölfmal vor.

Laut Duden ist eine Massnahme: *eine Handlung, eine Regelung oder Ähnliches die etwas Bestimmtes bewirken soll*. Als Beispiel führt der Duden: *eine unpopuläre Massnahme*.

Nun zur Zusammensetzung des Wortes.

Der erste Bestandteil des Wortes, Mass, bedeutet in erster Linie *etwas Angemessenes und Mässigung*.

Für den zweiten Bestandteil des Wortes verweist der Duden auf das Wort *(Ab)nahme*. Unter dem Begriff Abnahme wiederum finden wir die Erklärung: *gewaltsames Nehmen*.

Demzufolge wissen die arbeitnehmenden und arbeitssuchenden Menschen also woran sie sind.

Fördern und Fordern heisst es an einer bestimmten Stelle des Textes. Zuckerbrot und Peitsche heisst das im Volksmund.

Das Ganze liest sich dann so: Durch neue Regelungen, also neue Gesetze, soll den Menschen unter dem Deckmantel der "Flexicurity" soziale Errungenschaften (gewaltsam?) genommen werden!

Die Verantwortung der Unternehmen.

In dem Teil in dem die sozialen Verpflichtungen der Unternehmen angesprochen werden, wird auf das Konzept der "gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen" (CSR) verwiesen.

Und siehe da, der Ton ändert sich und man spricht von freiwilliger Wahrnehmung und freiwilliger Selbstverpflichtung der Unternehmen oder auch von Ermunterung seitens der Politik!

Diese Art der Formulierung dürfte zu einer allgemeinen und munteren Erheiterung in den Unternehmensführungen beitragen.

Kein Wort über gesetzliche “Massnahmen” für Unternehmen.

Die Solidarwirtschaft und die Gewerkschaften.

In diesem Zusammenhang weisen wir nochmals darauf hin dass OPE als Unternehmen der Solidarwirtschaft die Bezeichnung “Beschäftigungsmassnahme” aus den oben erwähnten Gründen riguros ablehnt und eine andere Kultur der Arbeit pflegt.

Der Europäische Gewerkschaftsbund hat auf seinem Kongress in Sevilla ebenfalls vor den Gefahren für das Europäische Sozialmodell gewarnt und wir zitieren Bernard Thibault, Generalsekretär der CGT aus dem Tageblatt vom 23.5.07.: “Wenn von Flexibilität die Rede geht, sind immer die Beschäftigten gefordert. Bei der finanziellen Rentabilität bleibt Rigidität die Regel. Sie steht nicht zur Debatte”.

Mai 2007

L’entreprise du Bien-être

Fin mai aura lieu le grand forum biennuel sur la sécurité, la santé et le bien-être organisé par le réseau Objectif Plein Emploi.

Le cadre de cette manifestation est bien défini dans le sens que ce sont les collaborateurs du réseau d'entreprises solidaires OPE qui mettent en avant leurs ambitions et leurs avancés dans ces domaines et démontrent ainsi l'importance qu'ils apportent à la notion en question, qu'est la Responsabilité Sociale de l'Entreprise (RSE).

Toutefois ce cadre est largement dépassé en considérant que la nature même de l'entreprise solidaire porte dans sa philosophie ces valeurs là et tant d'autres, qui n'appartiennent apparemment plus ou pas aux entreprises capitalistes du secteur privé.

Ce constat devrait nous permettre d'oser de faire quelques réflexions plus profondes.

En effet, si durant les dernières années des programmes à caractère politique ont du être lancés pour rappeler aux entreprises leur responsabilité sociale, c'est que par conséquent ces préoccupations étaient absentes des intérêts et de la raison d'être des entreprises privées que nous connaissons aujourd'hui.

En général, nos sociétés s'étaient accommodées à accepter que la raison d'être des entreprises ne servait qu'à la production de biens et de services au profit d'un bénéfice financier leur revenant, ceci dans un univers où l'offre primait sur la demande, où la main d'œuvre devint marchandise, en sorte une variable d'ajustement et où le caractère endogène des activités s'estompa avec les redéfinitions successives de l'espace (le territoire, les états- nations, la planète).

Réduire l'action de l'entreprise à de telles fonctions est évidemment méconnaître la vraie nature de l'entreprise. En termes économiques l'entreprise est d'abord une alliance de personnes qui sert à produire pour subvenir aux besoins de la collectivité. Elle est donc au service de l'homme.

Il faut dire qu'aujourd'hui nous devons constaté que cette considération évidente a pris un revirement de 180 degrés et que nous nous trouvons face à une réalité où l'homme est cruellement au service de l'entreprise.

Ainsi l'entreprise et son agissement devient une finalité en soi et elle se dote de mécanismes bien a elle, apte à garantir sa survie dans un cosmos composé d'ensembles similaires.

Les mécanismes ou les règles qui régissent ce cosmos nous sont devenus particulièrement familiers : la concurrence, la croissance, l'efficacité, la rationalisation mais aussi la délocalisation, pour n'en citer que quelques-unes qui sont cependant dictés par un seul et unique Leitmotiv : participer à la globalisation de l'économie.

Tout cela pour pouvoir garantir la survie de l'entreprise. Et la survie de l'homme dans un tel contexte ?

Avec un tel constat il n'est pas anormal de se poser la question, si au nom de la survie de l'entreprise il faut sacrifier la survie de l'homme.

Comment alors sortir d'une telle logique suicidaire ?

Les entreprises solidaires, par exemple, proposent de remettre l'homme au centre des préoccupations de l'entreprise.

Elles le font en s'articulant autour de 3 considérations majeures :

D'abord en se référant au triptyque défini à travers la notion du développement durable (écologie, économie, social) qui a pour souci capital de garantir aux hommes des générations futures une planète qui leur permet d'y vivre et d'entreprendre.

Ensuite, de redonner la possibilité aux hommes de pouvoir s'exprimer plus fortement par rapport à l'idée du territoire. Une conception naturelle, humaine et pleine de valeurs, dont la plus petite unité, le local, est un des chevaux de bataille de l'économie solidaire.

Aujourd'hui l'organisation économique et la vie des hommes tout court, est réglée par le concept d' « espaces ». L'organisation politico-économique concernant les Etats-Nations et leurs départements, le projet de l'Europe ou encore le monde global en sont des exemples et subordonnent les intérêts de l'homme à ceux de l'entreprise.

Et puis, en disant que la responsabilité sociale de l'entreprise est un illogisme en soi parce qu'une entité anonyme, abstraite et indifférente ne peut avoir des comportements généreux et humanoïdes (pourquoi ne pas nommer les responsables et parler de la **R**esponsabilité **S**ociale des **E**ntrepreneurs ?).

Ainsi, les notions de la sécurité, de la santé et du bien-être dépassent de loin le cadre de la vie interne de l'entreprise pour être une description d'un ordre sociétal où c'est l'homme qui exprime une vision de sa condition d'existence. Ceci en se réappropriant sa primauté sur quelconques dispositifs ou processus, notamment économiques, prônés par les gourous de la pensée unique.

Septembre 2007

Ein ferverter Verfechter der Solidarwirtschaft.

Als Député-Maire Nic Eickmann im Jahre 1993 nicht mehr für das Bürgermeisteramt der Stadt Differdingen kandidierte, habe ich ihn gefragt ob er nicht Lust hätte sich in der Action Sociale pour Jeunes zu engagieren. Wir hätten noch vieles vor und würden uns freuen auf seine Erfahrung und Kompetenz zählen zu können.

Zu dieser Zeit reifte ein Konzept in unseren Köpfen welches ein solidarwirtschaftliches System für Luxemburg vorsah.

Anfangs skeptisch, die Solidarwirtschaft war wahrhaftig noch eine Utopie, liess er sich dann doch recht schnell von der Machbarkeit überzeugen. Dies vor allem weil die Strategie zur Umsetzung auf

den lokalen Verantwortlichkeiten, sprich den Gemeinden, aufbaute. Ein Terrain das er wie kein anderer kannte.

Unter seinem Impuls als Präsident der ASJ (1994 bis 2000), wurde dann, Schritt für Schritt, die Utopie Solidarwirtschaft in die Tat umgesetzt.

1994 stellte er den Kontakt zum OGB-L her. Die Gewerkschaft wollte ebenso in die Offensive gehen und neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik beschreiten.

Aus dieser Kooperation entstand das "Objectif Plein Emploi".

Mit den Jahren ist das Projekt « eine Solidartschaft für Luxemburg » zu einer nicht mehr wegzudenkenden Praxis in Luxemburg geworden. Die lokalen CIGL sind ein wichtiger Bestandteil der Versorgung der Bevölkerung mit neuen Dienstleistungen und neuer Arbeit geworden.

Die Regierung hat die Solidarwirtschaft als "dritten ökonomischen Pfeiler" anerkannt.

Doch noch ist "Solidarwirtschaft" ein nicht leicht verständlicher Begriff. So komplex unsere Wirtschafts- und Gesellschaftspolitischen Systeme sind, so komplex ist auch das Konstrukt der Solidarwirtschaft.

Nun sind rund fünfzehn Jahre vergangen und wir haben Nic Eickmann, heute Ehrenpräsident der ASJ, gebeten ein bisschen Licht in die Theorie zu bringen. Er hat gerne zugesagt und wird in einer Reihe von Artikeln versuchen Hintergründe zu beleuchten und das Gesamtkonzept Solidarwirtschaft verständlich zu machen.

Octobre 2007

“Brownies” für die Solidarwirtschaft in Grossbritannien.

Vor nicht einmal zwei Monaten, im Juli dieses Jahres, hat der neue britische Premierminister, Gordon Brown, als einer seiner ersten Amtshandlungen, und weithin unbemerkt von der internationalen Presse, ein politisches Konzept vorgestellt das in den kommenden zehn Jahren den "Dritten Sektor" in Grossbritannien als Garant und Herz für den sozialen und ökonomischen Zusammenhalt und Fortschritt in der britischen Gesellschaft vorsieht.

Wer die INEES-Seite im Tageblatt regelmässig liest, weiss dass die Begriffe: der "dritte Sektor", das "dritte System", die "Gemeinwesenökonomie" oder auch die "lokale Ökonomie" in Luxemburg durch die Pionierarbeit des OPE mit Solidarwirtschaft bezeichnet werden.

Kommen die zwei ersteren Begriffe eher aus dem Angelsächsischen, und die zwei folgenden aus dem deutschsprachigen Raum so hat OPE sich für den französischsprachigen Begriff entschieden, die "Economie solidaire".

Allen gemeinsam ist die Ambition anders zu wirtschaften, die Zivilgesellschaft besser einzubinden und neben dem öffentlichen und privaten Wirtschaftssektor einen "dritten ökonomischen Pfeiler" aufzubauen.

Aber zurück zu den Briten. Sie sind, auch wenn es sich hier um eine New Labour Regierung handelt, im Prinzip nicht allzu verdächtig liberale Wirtschaftspolitik in Frage zu stellen oder gar zu unterminieren.

Umso interessanter ist es dass gerade Sie jetzt eine Programm auflegen werden welches den "Dritten Sektor" als das Herz der Gesellschaft (dixit Gordon Brown) anerkennt.

Worum geht's ?

"Over the next ten years, the Government wants to put the third sector at the heart of work to build strong, active and connected communities, with Local Government as the most important driver in building relationship."

Das hundert Seiten starke Papier beschreibt in fünf Punkten die grossen Baustellen die es gilt in Angriff zu nehmen:

Erstens, der politisch zentrale Punkt: der Zivilgesellschaft eine Stimme geben und ihr die Möglichkeit eröffnen Einfluss auf gesellschaftliche Veränderungen zu nehmen. Wie ? Indem die lokalen Initiativen der Solidarwirtschaft mehr Gewicht bekommen.

Zweitens, die Anerkennung der Verschiedenartigkeit der Problemstellungen denen sich die verschiedensten Gruppierungen in einer lokalen Gemeinschaft (Ethnie, Alter, Einkommen, usw.) ausgesetzt sehen und die Favorisierung ihrer Anliegen durch eine Einbindung in den "dritten Sektor".

Drittens, dass im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen, auch mit Bezug auf eine Modernisierung unserer Wohlfahrtsstaaten, die Förderung neuer Formen der Partnerschaft zwischen dem Staat und den Akteuren der Solidarwirtschaft vorangetrieben werden müssen. Dies aus der Erkenntnis heraus dass die besten Lösungen vor Ort und mit den Beteiligten zusammen umgesetzt werden können.

Viertens, dass die Idee der nicht kapitalistischen Gesellschaften vertieft werden muss und aufbauend auf den Traditionen dieser ökonomischen Arbeitsweise neue angepasste Formen von Gesellschaften das riesige Potential an neuen Bedürfnissen, im Sinne der nachhaltigen Entwicklung, in der Gesellschaft befriedigen können.

Fünftens, die Stärkung der Möglichkeiten von Partnerschaften zwischen den Promotoren der Solidarwirtschaft und den Kommunen und das direkte Einfließen der daraus resultierenden Erkenntnisse in die nationalen Entscheidungsprozesse.

Und in Luxemburg?

Durch die Pionierarbeit des Netzwerkes Objectif Plein Emploi gibt es in Luxemburg ein Solidarwirtschaftliches « System », welches :

- die Kommunen direkt miteinbindet und somit die lokalen Interessen der Bürger tatsächlich berücksichtigt
- neue Formen der Partnerschaft zwischen Staat und Promoteuren der Solidarwirtschaft eingeführt hat
- mit « HELP » einen leistungsfähigen Dienstleister im Bereich der Pflegeversicherung aufgebaut hat
- mit neuen Projekten im Bereich der Gesellschaftsformen, der öffentlichen Ausschreibungen, usw., weiterhin wesentliche Akzente im sogenannten Dritten Sektor setzen wird

und somit die Vorgaben des Brown- Papieres bereits erfüllt.

Und was macht die Luxemburger Regierung mit alledem? Ausser dass das Koalitionsabkommen einen dritten ökonomischen Pfeiler vorsieht welcher von der Solidarwirtschaft geleistet werden soll, haben die Verantwortlichen wenig Mut diese Wirtschaftsform auch als solche wahrzunehmen, geschweige denn sie ihren Wählern zu erklären.

Es ist schon bezeichnend dass die Solidarwirtschaft in den Zuständigkeitsbereich des Familienministeriums abgeschoben worden ist und damit von vorneherein die wirtschaftspolitischen Ambitionen abgewürgt wurden. Das britische Projekt wird vom Wirtschafts- und Finanzministerium (HM Treasury) geleitet und begleitet, so sollte es auch sein.

Es wäre an der Zeit, auch und zumal in Anbetracht des in Luxemburg real existierenden “anderen Wirtschaftens”, dass sich die politischen Parteien diesem Umstand stellen würden.

Wenn die CSV eher für konservative Werte steht muss sie verstehen dass diese neue Wirtschaftsform nicht in das übliche Bild eines Versorgungssystems gehört und paternalistisch zu verwalten ist. Die Liberalen müssten sich ihrer Grundwerte wieder bewusster werden und den Marktgedanken vom ausschliesslich kapitalistischen System loskoppeln. Die Grünen sollten, ausser ausschliesslich Realpolitik zu betreiben, wieder anfangen Träume zu haben. Und die Sozialisten? Die selbsternannte Partei des Fortschritts sollte sich beim Pastorensohn Brown informieren wie die Solidarwirtschaft in unser Zeitbild passt.

Auf lokaler Basis, in den Kommunen also, arbeitet das Netzwerk OPE vorzüglich mit den politisch Verantwortlichen aller obengenannten Parteien zusammen. Deshalb auch werden wir sehr gespannt die Diskussionen zu den Parteiprogrammen für die nächsten nationalen Wahlen im Juni 2009 verfolgen.

Welche Partei also wird ihr Herz für die Solidarwirtschaft und somit für den sozialen und ökonomischen Zusammenhalt und Fortschritt in unserer Gesellschaft entdecken und den Mut haben das Konzept “Third Sector” in ihr Parteiprogramm aufzunehmen? Warten wir’s ab.

Novembre 2007

Von Bürgergeld und Freiwilligenarbeit, ein Besuch in der Schweiz.

Kürzlich, auf Einladung des Baseler « Netz soziale Ökonomie » und dessen Initiator Isidor Wallimann, war eine Delegation von INEES und Objectif Plein Emploi während zwei Tagen zum Kennenlernen der Projekte des Netzwerkes und zum Informationstausch in der Schweiz.

Das “Netz Soziale Ökonomie” bindet eine Vielzahl von Projekten und Organisationen, die in diversen Feldern durch Bürgerengagement, in Selbsthilfegruppen oder auch mit Kooperativen, ein anderes Wirtschaften in Basel praktizieren.

Einen nicht zu unterschätzenden Faktor, der den Zusammenhalt des Netzwerkes nach innen, aber auch die Öffnung nach aussen garantiert, ist die Alternativwährung “BonNetzBon”. Der BonNetzBon ist eine lokale Währung, eins zu eins konvertibel mit dem Schweizer Franken, welche bewirken soll, dass der lokale Wirtschaftskreislauf belebt wird. Das Projekt stützt sich auf folgende Grundsätze:

“Mit dem BNB werden sozial und ökologisch wirtschaftende Menschen, Vereinigungen, Geschäfte und Betriebe in Basel und Umgebung unterstützt und gefördert. Der BNB kann nicht in die gegenüber dem Mensch und Natur oft rücksichtslosen, globalisierten und spekulativen Märkte des Wirtschaftssystems abfliessen. Er nimmt daher Rücksicht auf die Bedürfnisse der hiesigen Bevölkerung. Der BNB ist unser Beitrag, mit Mensch und Natur sorgfältig umzugehen und destruktiven Entwicklungen entgegen zuwirken.”

Spannend waren ausserdem die sehr anregenden Diskussionen mit den Projektmitarbeitern vor Ort.

Ausgehend von der Feststellung, dass die Schweiz wie auch Luxemburg zu den kleineren und reicheren Ländern zählen, dass hier wie dort die Wirtschaftsleistung vornehmlich durch den Finanzsektor erfolgt, dass aber auch die Probleme der Armut und der Arbeitslosigkeit qualitativ wie quantitativ ähnlich gelagert sind, wurde versucht herauszufinden, wie beide Netzwerke, das Netz soziale Ökonomie in Basel und OPE in Luxemburg, sich dieser Aufgaben annehmen.

Für ein ökonomisches Dreiecksverhältnis?

Wie so oft in unseren Ländern sind die Zielsetzungen sowie die Aktivitätsbereiche alternativer Unternehmen recht identisch. Es geht um eine nachhaltige Form des Wirtschaftens, in der der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht das Kapital. So waren die besuchten Projekte in Basel mit denen in Luxemburg, was ihre Aktivitäten anbelangt, absolut vergleichbar. Es sind lokal verankerte Projekte im Umweltbereich, in den Bereichen der Neuen Technologien (Internetcafés), des sanften Tourismus, der Kultur oder auch der neuen sozialen Dienstleistungen.

Wie so oft aber auch wurden die Diskussionen kontroverser, als es darum ging, die Wege und Mittel zum Erreichen dieses "anderen Wirtschaftens" zu skizzieren.

Das Baseler Netzwerk beruht vornehmlich auf Selbsthilfeprojekten und Kooperativen, das Luxemburger Modell von OPE baut auf Vereinen (associations) auf.

Diskutiert wurde hier die Beschreibung eines Spannungsfeldes das von beiden Akteuren bearbeitet wird und welches sich komplementär zu unserem aktuellen dualen System, auf der einen Seite die Staatliche Verteilungswirtschaft und auf der anderen die kapitalistisch organisierte Privatwirtschaft, aufbauen kann.

Einerseits stellte sich hier die Frage ob die Kooperativen, in ihrer Eigenschaft als wirtschaftliche Unternehmen, diese Herausforderung aufnehmen können, da sie ja im Grunde Teil der Privatwirtschaft sind und so sehr schnell des unlauteren Wettbewerbs verdächtigt werden, wenn irgendwelche Transfergelder in die Kooperativen einfliessen. Dies unabhängig vom Auftrag den sie erfüllen wollen, sei er auch philanthropischer Natur.

Andererseits erschien der Verein schon als probates Instrument um in diesem Spannungsfeld ein anderes Wirtschaften zu ermöglichen. Es wurde das "droit de s'associer" als Grundrecht der Bürger hervorgehoben, auf welchem sich eine Demokratisierung der Wirtschaft noch am ehesten aufbauen lassen könnte.

Aber auch hier war man sich bewusst, dass noch eine Menge Klärungsbedarf besteht und etliche Fallen und Gefahren auf dieser Denkschiene lauern.

In diesem Sinne wären, schematisch dargestellt, drei Rechtsbegriffe als zentrale Themen zu nennen, welche in ihrer Komplementarität oder aber in ihrer Gegensätzlichkeit einer gründlichen Analyse bedürfen: das Recht auf Vereinigung, das Recht auf Arbeit und das Recht auf Existenzsicherung.

Das Recht auf Vereinigung würde, als erstes Prinzip, eine Basis darstellen dürfen von der aus man das Postulat, "dass man kollektiv besser in der Lage ist unsere Bedürfnisse zu befriedigen", als gültig akzeptieren könnte.

Die beiden nächsten Rechte, Arbeit und Existenzsicherung wären in diesem Kontext eher als Individualrechte anzusehen und fordern uns somit dazu auf nach einer Vereinbarung mit dem ersten “kollektiven Prinzip” zu suchen.

Ist das Bürgergeld “transfairer”?

An diesem Punkt wurde wieder das “Spannungsfeld” zwischen Volks- und Privatwirtschaft herangezogen, indem wir den heutigen Status Quo, dass die kapitalistische Privatwirtschaft den Reichtum schafft und die Volkswirtschaft einen Teil davon verteilt, als Ausgangspunkt gelten liessen.

In Bezug auf das Recht auf Arbeit wäre in diesem Kontext die Frage zu stellen, ob es sich hier nicht ausschliesslich um das Recht auf Lohn- oder Erwerbsarbeit handelt und somit von vorneherein das duale System an sich kompakt genug sein müsste, dieses Recht zu garantieren.

Definieren wir aber Arbeit genereller, losgekoppelt von der Lohn- und Erwerbsarbeit, also eher als “freiwilligen Beitrag” zur Befriedigung unserer Bedürfnisse, könnten wir das “Spannungsfeld des anderen Wirtschaftens” als Lösungsvorschlag und Raum, wo dies geschehen kann, heranziehen.

Voraussetzung könnte dann das Recht auf Existenzsicherung, sprich Bürgergeld, sein. Nur muss man dann wissen, dass das Bürgergeld über Transferleistungen erfolgen wird und über den Umweg des Verteilens durch den Staat das kapitalistische privatwirtschaftliche System, welches den Reichtum erschafft, als einzig möglich existierendes legitimiert wäre. Dies käme einer Kapitulation gleich und würde die freiwillig geleistete Arbeit, die dann ja auch nur diesem Marktsystem dienlich wäre, als eine Art moderne Sklavenarbeit erscheinen lassen.

In diesem Sinne erscheint das Argument einer gewonnenen Freiheit durch die Möglichkeit eines freiwillig geleisteten “Arbeitsbeitrages” mehr als dubios.

Die Möglichkeit, dass die neugewonnene “Freiheit” viele Menschen in eine noch grössere Abhängigkeit führt, ist somit real existierend. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter und eine Spaltung der Gesellschaft ist unausweichlich.

Im Endeffekt wäre somit ein “abhängiges produktives Faktum” geschaffen und die neoliberale Domination wäre total.

Auf jeden Fall waren sich die Teilnehmer an diesen Gesprächen einig, dass noch eine Menge Diskussionsstoff vorhanden ist und dass eine, wie immer auch geartete aktive Beteiligung eines jeden am gesellschaftlichen Wohlergehen, ein vorrangiges Ziel ist und ein “anderes Wirtschaften” im Sinne einer Solidarwirtschaft dem Einheitsdenken einer neoliberalen Ausgestaltung unserer Gesellschaft entgegengesetzt werden muss.

Décembre 2007

Wirtschafts- und Sozialausschuss der Grossregion (WSAGR). Die Solidarwirtschaft im Aufwind.

Die Grossregion steht zur Zeit unter der Präsidentschaft der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und diese hat beschlossen der Solidarwirtschaft einen Platz in der sozio-ökonomischen Entwicklung unserer Region einzuräumen.

Genauer gesagt hat sie diese Aufgabe dem Wirtschafts- und Sozialrat der Grossregion übertragen und dieser hatte nun am 19 November ein erstes Forum zum Thema "Die Solidarwirtschaft in der Grossregion" in Eupen organisiert.

Rund 70 Teilnehmer von 47 Organisationen der Solidarwirtschaft aus dem Saarland, der Lorraine, aus Luxemburg, der Région Wallonne, der Communauté Française de Belgique und aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens wohnten diesem Treffen bei.

Vorrangiges Ziel war es dass sich diese Organisationen kennenlernen sollen, dass der Grundstein für ein grenzübergreifendes Netzwerk gelegt wird und dass sich somit auch konkrete Projekte und Partnerschaften entwickeln lassen.

Der Solidarwirtschaft als wichtigem ökonomischen Faktor, im Sinne einer generellen grenzüberschreitenden Kooperation und Entwicklung, eine bedeutende Rolle zuzugestehen ist eine wichtige Etappe in der Arbeit des WSAGR.

Dies weist darauf hin dass an dieser Stelle erkannt wurde dass die Solidarwirtschaft eine immer grössere Rolle spielt bei der Bewältigung von Problemfeldern in unserer heutigen Gesellschaft und dass es in Zukunft bestimmt darauf ankommen wird dieses « Andere Wirtschaften » zu fördern.

Die Teilnehmer an diesem Forum waren sich prinzipiell einig dass die Solidarwirtschaft vornehmlich auf die unbefriedigten Bedürfnisse in unserer Gesellschaft reagiert und somit eine Vielfalt von Aktivitäten ausführen kann, die zum Beispiel der Knappheit von Erwerbsarbeit, ebenso wie der Versorgung einer älter werdenden Bevölkerung, dem zivilen Bildungsbedürfniss oder auch einem ökologisch sinnvollen Umgang mit unserer Umwelt, entgegen kommen kann.

Man konnte feststellen dass grenzübergreifend der Konsens besteht dass das Zusammenspiel von staatlicher Verteilungswirtschaft und privater Profitwirtschaft nicht mehr ausreicht um allen Bürgern unserer Gesellschaft die Teilnahme am gesellschaftlichen Entwicklungsprozess zu garantieren.

Die Frage wurde gestellt ob die Solidarwirtschaft als Teil der Repräsentation der Zivilgesellschaft anzusehen wäre und inwieweit sie als solche ihren Platz in einem Wirtschafts- und Sozialrat habe.

Der Wirtschafts- und Sozialrat besteht zur Zeit aus Vertretern der öffentlichen Macht, Vertretern der Privatwirtschaft und Vertretern der Gewerkschaften und hat die Rolle die Politik in ihrer Entscheidungsfindung zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang geht es der Solidarwirtschaft ernsthaft darum eine Diskussion um die Demokratisierung der Wirtschaft in Gang zu setzen, der Wirtschafts- und Sozialrat wäre eine gute Plattform für dieses Unterfangen, und sich somit auch als Sprecher für die Zivilgesellschaft miteinzubringen.

Eric Lavillunière, Direktionsbeauftragter des Institut Européen de l'économie solidaire, der auch als Experte beim WASGR fungiert und dieses Forum leitete, hob in der Plenarsitzung des Forums hervor dass Luxemburg als nächstes Land die Präsidentschaft der Grossregion ab Februar 2008 übernehmen wird und gab seiner Hoffnung Ausdruck dass der WASGR diese vielversprechende Arbeit auch unter luxemburgischer Führung weiterführen wird.

Dies umsomehr da das Koalitionsabkommen der Luxemburger Regierung vorsieht dass unsere Gesellschaft einen dritten ökonomischen Pfeiler benötigt der von der Solidarwirtschaft geleistet werden soll.

Zudem wurde auch das « Forum mondial de la solidarité » besprochen welches vom INEES im Jahre 2009 in Luxemburg organisiert wird und wo über 1200 Teilnehmer aus aller Welt erwartet werden. Die Teilnehmer der Organisationen der Grossregion sahen dieses Projekt als idealen Ansatz zur Dynamisierung der weiteren Zusammenarbeit und als festigendes Element für den Aufbau eines überregionalen Netzwerkes der Solidarwirtschaft an.

Dieser Appell ging ebenso an den WASGR für dessen Unterstützung und die Vorstellung einer grenzüberschreitenden Gastgeberrolle für dieses Weltforum schien im Verlauf der Gespräche in den Bereich des Möglichen zu rücken.